

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1870 bis 1933 Band 1

Die verspätete Nation

Band 1/127: 30.03.1929 – 04.02.1931

1929

Der verlorenste aller Tage ist der, an dem man nicht spekuliert hat.

Nicolas de Chamfort, eigentlich Sebastien Roch (1741-1794, französischer Schriftsteller)

30.03.1929

Deutsches Reich: Außenminister Stresemann (der im Ausland hochgeachtet, aber im Deutschen Reich vielfach gehaßt wird) schreibt am 30. März 1929 an den britischen Botschafter Lord Edgar d'Abernon in Berlin (x063/556): >>Heute muß ich Ihnen sagen, daß diejenigen, die für die Locarno-Politik eingetreten sind, nur die Trümmer ihrer Hoffnungen sehen. Die blödsinnige Politik der weiteren Besetzung des Rheinlandes treibt alle Leute wieder zu den Deutschnationalen zurück. Diejenigen, die am stärksten für diesen Gedanken eingetreten waren, fühlen sich am stärksten deprimiert.<<

07.06.1929

Frankreich: Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) werden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich soll danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

30.06.1929

Deutsches Reich: Der "Vorwärts" berichtet am 30. Juni 1929 (x034/413): >>Wir Sozialdemokraten sind bewußte und konsequente Antifaschisten, denn nur der Faschismus ist eine wirkliche Gefahr für die Republik, der Kommunismus ist es nur in übertragenem Sinne, weil er dem Faschismus bewußt und unbewußt Vorschub leistet.<<

In Berlin legen Studenten am 30. Juni 1929 im Vorgarten der Universität einen Treueschwur ab (x034/413): >>... Im Kampfe gegen die Kriegsschuldflüge nicht zu erlahmen!<<

03.07.1929

Deutsches Reich: Die preußische Regierung verbietet am 3. Juli 1929 allen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, an NSDAP- und KPD-Veranstaltungen teilzunehmen.

11.08.1929

Deutsches Reich: Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlicht am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418): >>Das Deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß die erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2 Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß die Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.

Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3 Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldenerkenntnis beruhen.

Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die aufgrund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.

§ 4 Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen.

§ 5 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.<<

16.08.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 16. August 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Am 16.8. bezeichnete der Kommunist Rogalla in einer öffentlichen Versammlung ... die Republik als einen "Sau- und Schweinestall" ...<<

31.08.1929

Niederlande: Während der Konferenz in Den Haag (6.08.-31.08.1929) kommt es zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen (Young-Plan): Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren. Danach soll die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).

Das Rheinland soll bis zum 30. März 1930 von allen ausländischen Besatzungstruppen geräumt werden. Stresemanns Versuche, den polnischen Korridor zu beseitigen und eine Revision der oberschlesischen Grenzen zu erreichen, scheitern jedoch (x063/556).

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Young-Plan" (x051/654-655): >>Young-Plan, am 7.6.29 unterzeichnetes Programm zur Regelung der Reparationen, die das Deutsche Reich aufgrund des Versailler Vertrages an seine ehemaligen Kriegsgegner zu leisten hatte.

Der den Dawesplan von 1924 ersetzende Youngplan, ausgearbeitet von einer am 9.2.29 in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Owen D. Young (1874-1962) eröffneten Sachverständigenkonferenz mit deutscher Beteiligung (Delegationsleiter Schacht), abschließend beraten auf zwei Konferenzen im Haag (6.-31.8.29 und 3.-20.1.30) und rückwirkend am 1.9.29 in Kraft getreten, legte die Gesamthöhe der Reparationen des Deutschen Reiches auf 34,5 Milliarden RM fest, zu bezahlen in 59 Jahresraten (d.h. bis 1988). Zur Abwicklung der Zahlungen wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich geschaffen.

Mit dem Youngplan waren die Aufhebung der alliierten Kontrollen der deutschen Wirtschaft und die vorzeitige Beendigung der Rheinland-Besetzung (bis 1930) verbunden. Nachdem das Deutsche Reich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise schon am 1.7.31 seine Reparationszahlungen einstellen mußte, wurde der Youngplan durch das Lausanner Abkommen vom 9.6.32 formell aufgehoben.

Wichtiger als die wirtschaftliche war so die innenpolitische Bedeutung des Youngplans: Das von der "nationalen Opposition" (NSDAP, DNVP und Stahlhelm) initiierte Volksbegehren gegen den Youngplan (mit 4,1 Millionen knapp erfolgreich) machte die NSDAP und Hitler in Deutschland einer breiten Öffentlichkeit bekannt, auch wenn der anschließende Volksentscheid am 22.12.30 (mit 5,8 Millionen Stimmen) scheiterte.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den "Young-Plan" (x068/216-219): >>... Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikanischen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young. Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch

auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".

Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interallierter Kriegsschulden und Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.

Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung (zugunsten Frankreichs), vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.

Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" (Werner Linke) fortgesetzt. Noch 1931 sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".

Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien." Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen militärische Möglichkeiten" (Klaus Schwabe).

Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte. Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches (abzüglich der Überweisungen an die Länder) entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Deckung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten werden mußten.

Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichnete Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förderung der Luftstreitkräfte. Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits stark staatlich subventioniert. Militärflieger in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.

Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betragen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder (und immer wieder!) abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären

sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?

Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar eines Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas. "Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht" (H. Graml).

Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.<<

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über den "Young-Plan" (x286/43-44): >>... 1929 einigt man sich auf einen weiteren Reparationsplan, den der US-Manager Owen Young (1874-1962) ausgeheckt hatte. Wieder gab es erstmal eine Anleihe, 300 Millionen \$ zu 5,5 %. Danach sollte Deutschland weniger zahlen: 2 Milliarden Goldmark im Schnitt, und das länger gestreckt: auf 59 Jahre. Die letzte Rate wäre 1988 fällig gewesen.

Der Meister John Maynard Keynes meldete sich wieder zu Wort. Diesmal meinte er, Deutschland könne zahlen. Es müsse halt nur den Gürtel enger schnallen, Löhne kürzen, die Binnenkaufkraft vermindern. Dann würde genug übrig bleiben. Ein Exportüberschuß müßte automatisch entstehen, aus dem sich die Sieger bedienen könnten. Weder die Rückzahlung der Kredite noch die Bedienung der Reparationen sei dann noch ein Problem.

Was Keynes verzapfte, trat prompt ein. Deutschland schnallte (den Gürtel) enger und kriegte 6 Millionen Arbeitslose. Hitler kam und das Elend des Nationalsozialismus ...

Keynes hatte bewiesen, daß nichts leichter ist, als sich in wirtschaftlichen Debatten interessant zu machen. Dazu muß man nur alle paar Jahre das Gegenteil von dem behaupten, was man früher gesagt hat. Bekanntlich hat Keynes dann 1936 ein Buch zur Beschäftigungstheorie geschrieben, mit der er sich wieder einmal um 180 Grad drehte: Er favorisierte wieder Geldverplempern statt Gürtelschnallen und macht sich zum Anwalt von ausschweifender Staatsverschuldung, was genau das Gegenteil von Rückzahlung war. ...<<

02.09.1929

Deutsches Reich: Goebbels schreibt am 2. September 1929 in der NS-Zeitung "Angriff" über das Volksbegehren gegen den Young-Plan (x034/420): >>... Weg mit diesem Verrat an der deutschen Freiheit! Pflanz die Fahnen des Widerstands und des Aufruhrs auf! Die Straße frei!<<

08.09.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 8. September 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Bei der Stahlhelmtagung am 8.9. durchzog ein Trupp Stahlhelmlaute die Stadt und sang ein Lied mit dem Refrain: "Wir schießen auf die Republik!" ...<<

09.09.1929

Schweiz: Obwohl der deutsche Außenminister Stresemann bereits unübersehbar vom Tod gezeichnet ist, spricht er am 9. September 1929 zum letzten Mal vor dem Völkerbund in Genf. Der verbitterte Entspannungspolitiker kämpft praktisch bis "zum letzten Atemzug" leidenschaftlich, aber letzten Endes vergeblich, für die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes, die Rückgabe des Saarlandes, die Minderheiten-Schutzrechte und für sein Lebensziel, ein "vereintes Europa".

Stresemann, ein Vorkämpfer des Europagedankens und der Völkerversöhnung, der die unsäglichen Folgen des Ersten Weltkrieges auf friedlichem Wege beseitigen will, berichtet kurz vor seinem Tod (x069/151): >>... Ich habe aufrichtig für den Frieden gearbeitet. Ich habe mich für eine englisch-französisch-deutsche Verständigung eingesetzt. Achtzig Prozent der deutschen Bevölkerung habe ich für meine Politik gewonnen. Ich habe mein Land in den Völkerbund gebracht. Ich habe den Locarnopakt unterzeichnet. Ich habe gegeben, gegeben und nochmals gegeben, bis meine Landsleute sich gegen mich wandten.

Es ist jetzt 5 Jahre her, daß wir Locarno unterzeichneten. Wenn sie mir nur ein Zugeständnis gemacht hätten, so hätte ich mein Volk gewonnen. Auch heute könnte ich es noch. Aber Sie haben nichts gegeben, und die winzigen Zugeständnisse, die sie machten, kamen immer zu spät. Und die Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und für ein neues Europa hätten gewinnen können, haben wir für beides verloren. Das ist meine Tragik und ihr Verbrechen.<<

03.10.1929

Deutsches Reich: Gustav Stresemann (1878 in Berlin geboren, der sich ab 1919 vom autoritären Monarchisten zum Befürworter und herausragenden Entspannungspolitiker der Weimarer Republik entwickelt) stirbt am 3. Oktober 1929 an den Folgen eines Schlaganfalls. Stresemann, der zu den fähigsten Persönlichkeiten der Weimarer Republik gehört, stirbt leider viel zu früh, denn er hätte Hitlers "Machtergreifung" vielleicht verhindern können.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 3. Oktober 1929 über Stresemanns Tod (x034/425): >>... Ich befürchte von Stresemanns Tod in erster Linie sehr ernste innerpolitische Folgen, das Abrücken der Volkspartei nach rechts, einen Bruch der Koalition, Erleichterung der Diktaturbestrebungen.<<

Der deutsche Historiker Hans W. Gatzke (1915-1987) schreibt später über Gustav Stresemann (x245/271): >>Die Beurteilung Stresemanns in der Geschichtsschreibung schwankt auch heute noch zwischen einem ausschließlich auf deutschen Interessen bedachten Nationalisten und einem von dem Bemühen um ein geeintes und friedliches Europa geleiteten Staatsmann. Zu seinen Lebzeiten überwog der Eindruck eines "guten Europäers"; in den dreißiger Jahren aber, und besonders während des zweiten Weltkrieges, setzte sich vielerorts die entgegengesetzte Meinung durch.

Das wahre Wesen Stresemannscher Politik liegt wahrscheinlich zwischen diesen beiden extremen, dem nationalistischem jedoch näher als seinem Gegenteil. ...

Selbst Briand fürchtete, daß am Ende der Stresemannschen Politik die völlige Revision der Versailler Bestimmungen stehen könnte. Wie wir aus dem berühmten Brief Stresemanns an den deutschen Kronprinzen wissen, hatte Briand damit nicht ganz unrecht. ...

Er (Stresemann) bezeichnete seine Politik als zweigleisig, verteidigte sich jedoch gegen den Vorwurf der Zweideutigkeit. "Deutschlands Mission in Europa ist es, der große Neutrale zu sein", d.h. eine Mittelstellung und Vermittlerrolle zwischen West und Ost einzunehmen. ...<<

16.10.1929

Deutsches Reich: Am 16. Oktober 1929 beginnt das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan. Bis zum 29. Oktober 1929 beteiligen sich 10,06 % bzw. 4.139.000 der Wahlberechtigten.

25.10.1929

USA: Am 25. Oktober 1929 leitet der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verlieren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar).

Am folgenden Tag müssen viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig sind. Danach beginnt die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.

Ein Zeitzeuge berichtet am 25. Oktober 1929 über die Zustände an der Börse in New York (x191/48-49): >>Ständig waren die Kursmakler von Menschen umgeben, die darum kämpf-

ten, ihre Aktien zu verkaufen – und keiner dachte auch nur daran, welche zu kaufen. ... Ein chaotischer Anblick bot sich! Trotz Überlastung des Nachrichtenapparates kamen die Aufträge, Aktien zu verkaufen, ... schneller herein, als sie mit menschlichen Kräften erledigt werden konnten.<<

Volker Brennecke berichtet später über den Schwarzen Freitag in Nordamerika (x051/531): >>Schwarzer Freitag, Bezeichnung für den New Yorker Börsenkrach vom 25.10.29. Der Schwarze Freitag gilt als der Beginn der großen Weltwirtschaftskrise 1929-32; er beendete eine jahrelange Wertpapier-Hausse in den USA, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung seit 1925 begründet und von einer hektischen Spekulation angeheizt worden war. Ein ungebremster Optimismus sowie günstige Zinsen auf dem amerikanischen Geldmarkt hatten den Kauf von Aktien auf Kreditbasis ermöglicht.

Im Oktober 29 führten schon geringe Kursrückgänge zu panischen Verkäufen, deren Erlös zur Bezahlung von Kreditschulden unbedingt benötigt wurde. Die schlagartigen Kursverluste wirkten sich nicht nur verheerend auf die USA, sondern auch auf Europa und insbesondere Deutschland aus.<<

Die Weltwirtschaftskrise

Aufgrund der neuartigen Massenfertigung produzierte die US-Wirtschaft damals in immer kürzerer Zeit immer größere Warenmengen. Infolge der nordamerikanischen Überproduktion war das Warenangebot wesentlich höher, als die Nachfrage, so daß vor allem die führende Industriemacht USA regelrecht am eigenen "Überfluß" erstickte. Alle US-Lagerhallen waren mit unverkäuflichen Maschinen, Lebensmitteln und anderen Produkten restlos überfüllt. Die Nachfrage fiel immer mehr und die Preise sowie Löhne stürzten unaufhörlich tiefer.

In Ostasien gewann gleichzeitig vor allem die japanische Industrie große Absatzgebiete für ihre billigen Waren, denn die japanischen Arbeitslöhne lagen weit unter den Löhnen der europäischen und nordamerikanischen Industrie.

Viele Länder schützten sich danach durch hohe Einfuhrzölle gegen fremde Erzeugnisse und importierten nur noch von Staaten, die Produkte im gleichen Wert abnahmen. Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus. Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schreibt später über die "Weltwirtschaftskrise" (x051/636): >>Weltwirtschaftskrise, bis dahin größte Krise des kapitalistischen Weltsystems (1929-33).

Kumulativ wirkende strukturelle und konjunkturelle Defekte in den verschiedenen Teilbereichen der Wirtschaft (Produktion, Kreditsystem, Welthandel) trafen bei Entstehung und Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise zusammen. Von ihr betroffen waren Agrar- wie Industrieländer. Das Ausmaß war unterschiedlich. Außer den USA litt Deutschland besonders stark unter der Krise (sechs Millionen Arbeitslose 1932).

In Anbetracht der politischen Labilität Deutschlands und des durch den verlorenen Krieg und die Inflation geringen allgemeinen Wohlstandsniveaus (wichtige Unterschiede zu den USA!) weitete sich die wirtschaftliche Krise schnell zu einer Gesamtkrise aus. Dies führte auf politi-

scher Ebene zu den Präsidialkabinetten und schließlich zur Machtübernahme Hitlers.

Ausgelöst wurde die Weltwirtschaftskrise durch eine amerikanische Finanz- und Spekulationskrise (Schwarzer Freitag). Die in den folgenden Monaten einsetzenden massiven Kreditabzüge aus Deutschland (nicht zuletzt aufgrund der hohen Stimmengewinne der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen von 1930) führten schließlich auch zum Zusammenbruch deutscher Banken (Juli 31). Gleichzeitig kam es zu einer großen Krise des Welthandels (Index der Welthandelswerte in laufenden Preisen: 1926 = 100, 1932 = 39,2). Eine Agrarüberproduktion führte zu einem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt.

Viele Agrarländer gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten und fielen als Abnehmer von Erzeugnissen aus den Industrieländern aus. Die deutsche Wirtschaft war jedoch in besonders hohem Ausmaße vom Export abhängig (Exportquote 1928: 21,0 %). Die zwischen 1926 und 28 vorgenommenen Rationalisierungsinvestitionen der deutschen Industrie waren auf Exportsteigerung und Wirtschaftswachstum angelegt. Die Produktionskapazitäten waren jedoch schneller als die einkommensabhängigen Nachfrageströme angewachsen.

Der deutsche Export ging trotz der Versuche der Regierung Brüning, mittels Notverordnungen die Produktionskosten (v.a. die Löhne) zu senken, rapide zurück und lag 1932 unter der Hälfte des Wertes von 1928. Die deutsche Industrieproduktion sank – in Indexwerten ausgedrückt – von 100 (1928) auf 61,2 (1932). Auch der Versuch der Regierung Brüning, die notleidende deutsche Landwirtschaft durch ein Hochschutzzollsystem sowie durch Subventionen (Osthilfe) vor den Folgen der Weltagrarüberproduktion zu schützen, schlug fehl. So erhielten jene Kräfte in Wirtschaft und Politik Auftrieb, die eine relative Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft (Autarkie) bzw. eine Verlagerung des deutschen Außenhandels v.a. nach Südosteuropa erstrebten.

Nach dem Scheitern der Deflationspolitik Brünings (Sturz der Regierung: Mai 32) schlugen die Regierung Papen und Schleicher den damals sehr umstrittenen Weg einer aktiven Konjunkturpolitik (deficit spending) ein (allerdings mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung). Doch erst durch die massive Aufrüstungspolitik, für die Hitler schon bei seinem Regierungsantritt grünes Licht gab (ungeachtet der zunächst verstärkt anlaufenden Programme zur Arbeitsbeschaffung), gelang es, auf zeit- und systemspezifische Weise die Krise und ihre Folgen zu "bewältigen".<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA. Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.

Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...

Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohnegleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache. Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!

Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk

spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ... "In 18 Monaten ist Montgomery Ward von 132 auf 466 gestiegen; General Electric von 128 auf 396 ..."

Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast singulären (einzigartigen) Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.

Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober (in die Geschichte als Black Thursday eingegangen; in Europa wird der nächste Tag zum Schwarzen Freitag) stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef in den Hotels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...

Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.

Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft in der Beletage (Hauptgeschoß) und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf. Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.

Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Abschottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie ein erkaltetes Soufflé (leichte Eierspeise bzw. ein Auflauf).

Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.

Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten versorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im

Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.

Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/431, 433): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandskredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.

Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Industrieproduktion (ohne Berücksichtigung der Sowjetunion) um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<

>>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In beinahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. Hier setzte sich die charismatische Anziehungskraft starker Persönlichkeiten durch, die reaktionäre Gesinnung propagierten und politische Ideologien formulierten: Mussolini in Italien, Franco in Spanien und Hitler in Deutschland. ...<<

30.10.1929

Deutsches Reich: Ungeachtet der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise werben die deutschen Sparkassen und Banken am Weltspartag 1929 wie immer um ihre Sparer (x034/430):

>>Sparen das Gebot der Stunde.<<

02.11.1929

Deutsches Reich: Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhält (notwendig sind 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), muß der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.

30.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag lehnt am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.

1929

Deutsches Reich: Seit Ende 1929 herrschen im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickeln sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD, "Stahlhelm" = DNVP und andere). Vor allem die Schlägertruppen der SA und der Rotfrontkämpferbund liefern sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gibt.

Reichsinnenminister Carl Severing berichtet im Herbst 1929 über den zunehmenden Straßenterror und die landesweite Rechtsunsicherheit (x092/837, x058/333): >>Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird.

Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Zustand erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinungen ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Rechten

und äußersten Linken getrieben wird. ...<<

>>... Dieser ... Zustand politischer Verwirrung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden.<<

US-Banken fördern spätestens seit 1929 Hitlers Machtübernahme

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert werden.



Abb. 61 (x905/...): Wall Street, Straße in New York City.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleich-

viel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zutreffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O.M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüste. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Um-

sturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage". Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet. Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr ange-deihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.

Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische" Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?

Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gesprekken met Hitler door Sidney Warburg".

Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw. zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.

Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. ...<<

Herbert Ludwig berichtet später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Geldgeber Hitlers (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

... Die Finanzierung der NSDAP

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, *"wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."*

Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.

Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.*

Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."

Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bank-

haus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.

An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. *"Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*

In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 % US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.

Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".

Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. *"Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauffolgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*

Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, *"kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank."* ... <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im September 2019) im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/70-71): >>Hitlers Logenbruder

_ von Guido Grandt

Ein hochrangiger Freimaurer saß beim "Führer" am Kabinettstisch. Er hatte die Nazis von Anfang an unterstützt - und war einer der Wegbereiter des Dritten Reiches. Nach dem Krieg halfen ihm seine brüderlichen Verbindungen.

Der Bankier Hjalmar Schacht (1877-1970) wurde 1906 als Mitglied von der Loge *Urania zur Unsterblichkeit* aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der Loge *Zur Brudertreue an der Elbe* bei. Dort hieß man ihn 1949 willkommen. Ein leuchtendes Beispiel für humanitären Geist hatte er zuvor - in einer Zeit, in der beispiellose Verbrechen begangen wurden - allerdings nicht gerade abgeben.

"Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist."

Hjalmar Schacht

Schacht fungierte von 1923 bis 1930 und von 1933 bis 1939 als Präsident der Deutschen Reichsbank, von 1934 bis 1937 war er zugleich Wirtschaftsminister. Danach diente er bis 1944 als Minister ohne Geschäftsbereich. Bereits 1926 sympathisierte er mit den Nazis, lernte 1930 Hermann Göring, Joseph Goebbels und Adolf Hitler kennen. Zwei Jahre später unterstützte er als Finanzexperte die NSDAP, forderte mit seiner Unterschrift bei einer Eingabe an Präsident Hindenburg, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen, und half später entscheidend mit, die Aufrüstung zu finanzieren.

In London führte er sogar Verhandlungen über die "Aussiedlung von Juden", was als sogenannter Schacht-Rublee-Plan in die Geschichte einging. Das tat er, obwohl er zunächst den Standpunkt vertrat, daß die NS-Rassenpolitik der deutschen Wirtschaft nicht nur schaden, sondern sie auch ruinieren würde, weshalb er die diskriminierende Behandlung von Unternehmen mit jüdischen Inhabern grundsätzlich ablehnte.

Lob für die Nürnberger Gesetze

Allerdings hieß er die 1935 erlassenen Nürnberger Gesetze ausdrücklich gut: "Ich begrüße ... die Nürnberger Gesetze, daß er ("der Jude") wieder zurückgedrängt ist in sein, ich kann ruhig sagen, Ghetto." Und er teilte das nationalsozialistische Staatsziel, Juden in der Gesellschaft zu isolieren.

Ferner sagte er: "Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist. Wir wünschen, unser Volk und unsere Kultur rein und eigen zu halten." An anderer Stelle meinte er, daß "kein Jude ... Volksgenosse sein" dürfe und befürwortete die gesetzliche Diskriminierung aller deutschen Juden, die sie zu "Staatsbürgern minderen Rechts" erklärte.

Schacht deutete bei einer Rede 1935 in Königsberg auch an, daß er sich mit dem sogenannten Blutschutzgesetz anfreunden könne, das eine Heirat zwischen Nichtjuden und Juden verbot und zudem jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Zuchthaus bestrafte. Der Reichswirtschaftsminister erhielt zudem das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.

Dennoch kühlte sich ab 1937 sein Verhältnis zu den Nazis ab. Schacht wurde 1944 wegen der Mitverschwörung beim Attentat auf Hitler verhaftet und in einer der sogenannten Prominentenbaracken interniert. Amerikanische Militärstaatsanwälte stellten ihn wegen "Verschwörung zur Herbeiführung des Krieges" und der "Teilnahme an den Vorbereitungsmaßnahmen" vor das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er freigesprochen wurde.

Aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes galt er den westdeutschen Behörden dennoch als belastet, weil er der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche wirtschaftliche Unterstützung" gewährt hatte. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, bis 1948 inhaftiert und im Berufungsverfahren freigesprochen. 1953 gründete er die Außenhandelsbank Schacht & Co. in Düsseldorf.

Christopher Kopper schreibt in seinem Buch Hjalmar Schacht - Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier: Seine (Schachts) Selbsterklärung, er habe sich dem NS-Regime nur aus patriotischen Motiven zur Verfügung gestellt und sei im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten, war ausgesprochen fragwürdig - aber fand in der alten (und neuen) Verwaltungselite und in den führenden Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik durchaus Zustimmung."

1953 veröffentlichte der Bankier seine Memoiren unter dem Titel 76 Jahre meines Lebens, die, so Kopper, "voller Ressentiments gegen deutsche wie gegen deutsch-amerikanische Juden" steckten. Der Biograph des Reichsbankpräsidenten schreibt: "Schacht war nach dem Krieg zumindest phasenweise stärker antisemitisch eingestellt, als er es während der Herrschaft des Nationalsozialismus je war."

Festes Bruderband

Noch ein anderes maurerisches Klüngelspiel, das bis jetzt nicht als solches erkannt worden ist, spielte sich ab: In der Phase zwischen dem Freispruch des Internationalen Militärtribunals und dem Entnazifizierungsverfahren deutscher Behörden gegen ihn fuhr Schacht von Bayern, wo seine Anwälte einen "vorläufigen Freibrief" erwirkt hatten, nach Baden-Württemberg zu einem Freund. Der Nürnberger Polizeipräsident informierte die württembergische Landesregierung von dieser Reise, woraufhin der Minister für Politische Befreiung sofort einen Haftbefehl gegen den früheren Reichsminister erließ.

Doch der liberale Ministerpräsident Reinhold Maier wollte Schachts Verhaftung ohne großes Aufsehen verhindern und ließ ihm über Umwegen eine Warnung zukommen. Dennoch wurde

er festgenommen, weil er den Hinweis nicht ernst nahm. Fakt ist jedoch, daß der Ministerpräsidenten ihn illegalerweise warnte.

Der Vorgang wird verständlich, wenn man weiß, daß Reinhold Maier selbst ein sehr aktiver Freimaurer war. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied der Loge *Zu den 3 Cedern* in Stuttgart und 1946 sogar Gründungsmitglied der Stuttgarter Loge *Furchtlos und Treu*, der er bis zu seinem Tod angehörte. Er versuchte also seinem Logenbruder Schacht aus der Klemme zu helfen. Unter anderem zu diesem Zweck war ja auch das "Bruderband" geknüpft worden. Skandalös!

"Ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer."

Journalist Tom Goeller

"Bruder" Hjalmar Schacht stellt zweifellos für die Geschichte der deutschen Freimaurer eine Belastung dar", bekennt Freimaurer und Journalist Tom Goeller daher auch reumütig. In seinem Buch *Freimaurer - Aufklärung eines Mythos* hält er fest: "Unabhängig von den gerichtlichen Freisprüchen hätte er 1949 nicht mehr in eine Loge aufgenommen werden dürfen. Denn es ist unstrittig, daß er ein entscheidender Steigbügelhalter auf Hitlers Weg zur Macht war. Das alleine hätte genügen müssen, ihn aus der Freimaurerei für immer auszuschließen.

Leider muß indes vermutet werden, daß sich die Hamburger Loge "Zur Brudertreue an der Elbe" 1949 eher geschmeichelt fühlte, einen "namhaften" Freimaurer zu ihren Mitgliedern zählen zu können, als einen Helfershelfer Hitlers zu bannen; ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer.

Freimaurer und NS

Die NSDAP machte von Anfang an Front gegen die deutschen Logen. Hierbei tat sich vor allem Chefideologe Alfred Rosenberg hervor, der die Freimaurer im *Völkischen Beobachter* "künstliche Juden" nannte, ihnen eine "volklose Weltanschauung" unterstellte und von einer "freimaurerischen Völkerbunddiktatur über Europa" fabulierte. Er kam zu dem Schluß: "Deshalb darf kein Maurer der NSDAP angehören und umgekehrt." In den von der Organisationsabteilung der Partei herausgegebenen Schulungsbriefen hieß es am 15. März 1931: "Die Feindschaft des Bauern gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden."

Nach 1933 paßten sich viele Logen den NS-Machthabern an, um ein Verbot abzuwenden. Doch das half nichts: Am 17. August 1935 ordnete Innenminister Wilhelm Frick das Verbot der Freimaurerei in Deutschland an. Manche Logenhäuser wurden in "Freimaurermuseen" umgewandelt.

Bekannte Freimaurer, die Opfer des NS-Regimes wurden, waren beispielsweise der Schriftsteller Carl von Ossietzky sowie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner.<<

UdSSR: Trotzki flieht im Jahre 1929 zunächst nach Frankreich und später nach Mexiko, wo ihn nach mehreren gescheiterten Anschlägen ein sowjetischer NKWD-Agent am 20. August 1940 mit einem Eispickel ermordet (x128/48).

Die Parteikonferenz der KPdSU fordert im Jahre 1929 von allen werktätigen Arbeitern und Bauern höhere Arbeitsleistungen (x149/20): >>... Organisiert den Wettbewerb für die Senkung des Selbstkostenpreises, für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, für die Festigung der Arbeitsdisziplin, für die Erweiterung der Saatflächen, für die Hebung der Ertragsfähigkeit, für die Gewinnung der Bauernschaft zu Kolchosen und Genossenschaften, für die Vereinfachung des Staatsapparats, ... für die Verbesserung der Arbeit der kulturellen Einrichtungen, welche die Massen der Werktätigen bedienen. ...

Der Arbeitsheroismus und die Selbstaufopferung der Werktätigen äußern sich auch in der freiwilligen Erhöhung der Arbeitsnormen, in der Abarbeit der Feiertage, in dem gigantischen Wachstum der Vorschläge für die Produktionsberatungen, in dem Boykott der Faulenzer und

Bummelanten.<<

Frankreich: Frankreich errichtet von 1929-36 an der französischen Ostgrenze ein tiefgestaffeltes Befestigungssystem (die "Maginot-Linie", benannt nach dem französischen Kriegsminister A. Maginot), um sich gegen einen erwarteten Angriff Deutschlands zu schützen.

1930

Der Weltkrieg werde die Völker so verelenden, daß sie zur sozialistischen Republik abgleiten und sich schließlich gezwungen sehen würden, mit Gewalt ... zurückzukehren, zum despotischen, totalitären Staat.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

12.03.1930

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt mit 270 gegen 192 Stimmen am 12. März 1930 für die Annahme Young-Plans.

Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtet am 12. März 1930 über die Annahme des Young-Plans (x034/450): >>... Wir erklären als Spitzenorganisation des kommenden Reiches, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis mit den Novemberverbrechern auch die Verbrecher vom 12. März 1930 von einem deutschen Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.<<

27.03.1930

Deutsches Reich: Obgleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig ist, weigern sich die Sozialdemokraten (aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454).

Die letzte SPD-Regierung (unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller, 1876-1931) tritt daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück. Der völlig unnötige Rücktritt des Reichskabinetts Hermann Müller beschleunigt nachweislich den Untergang der Weimarer Republik.

Nach dem Rücktritt der letzten SPD-Regierung folgen nur noch Präsidialkabinette, die aufgrund fehlender Reichstagsmehrheit mit Hilfe von Notverordnungen regieren. Diese machtlosen Minderheitsregierungen schwächen die Autorität der demokratischen Reichsregierung entscheidend und erleichtern letzten Endes Hitlers "Machtübernahme" (x051/393).

30.03.1930

Deutsches Reich: Heinrich Brüning wird am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" (Kabinetts der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung) über keine Reichstagsmehrheit verfügt, regiert man mit Hilfe von Notverordnungen (wie z.B. Artikel 48 der Verfassung, Sonderrecht des Reichspräsidenten).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Artikel 48" (x051/40): >>Artikel 48 der Weimarer Verfassung, Bestimmung, nach der der Reichspräsident wesentliche Grundrechte, z.B. Versammlungs-, Meinungs- oder persönliche Freiheit, vorübergehend außer Kraft setzen konnte.

Notmaßnahmen aufgrund des auch "Diktaturparagraph" genannten Artikels 48 mußten auf mehrheitlichen Beschluß des Reichstages hin wieder aufgehoben werden. Das aber entschärfte den Artikel 48 nur unwesentlich, da der Reichspräsident wiederum nach Artikel 25 den Reichstag auflösen und so durch Notverordnungen zunächst weiter regieren lassen konnte.

Der Artikel 48 war seit 1930 nach Verlust koalitionsfähiger Mehrheiten Grundlage der Präsidialkabinette, die die Rechte des Reichstages aushöhlten und den Sturz der Republik einleiteten. Er stand auch hinter der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33, dem ersten Schritt zur Diktatur Hitlers.<<

15.04.1930

Deutsches Reich: Am 15. April 1930 sind im Deutschen Reich 2.937.000 Menschen arbeits-

los. Die Unterstützung für Arbeitslose beträgt im Durchschnitt 81 RM pro Monat.
Die Biersteuer wird um 46 % erhöht.

17.05.1930

Frankreich: Der französische Außenminister Aristide Briand sendet am 17. Mai 1930 ein Memorandum an die übrigen 26 europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes. In dieser Denkschrift fordert Briand die Einigung Europas (einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten, zwischenstaatliche Regelungen etc.). Viele europäische Staaten lehnen eine europäische Union jedoch ab, weil sie befürchten, auf nationale Interessen verzichten zu müssen (x175/267).

Mai 1930

Polen: Im Mai 1930 läßt Pilsudski 88 führende Sejmabgeordnete (darunter sind z.B. der Sozialist Libermann, Witos, der Mitbegründer der polnischen Bauernbewegung, und der Nationalist Korfanty) verhaften und internieren. Das polnische Parlament und alle Parteien sind danach bis zum Tod Pilsudskis (12.05.1935) bedeutungslos. Die radikalen polnischen Faschisten bzw. Nationalisten regieren jedoch nicht derartig totalitär, wie die späteren NS-Führer des Dritten Reiches. Einige unabhängige Parteien, Zeitungen und allgemeine Grundsätze der persönlichen Freizügigkeit bleiben weiterhin erhalten und werden nicht angetastet.

02.06.1930

Deutsches Reich: Der deutsche Publizist Hellmut von Gerlach (1866-1935, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und der "Liga für Menschenrechte", emigriert 1933 nach Frankreich) schreibt am 2. Juni 1930 über die Folgen der Arbeitslosigkeit (x034/466): >>Das wachsende Mißvergnügen über die Fortdauer der Wirtschaftskrise füllt die Reihen der extremen Parteien, insbesondere der kommunistischen auf der Linken und der Rassisten auf der Rechten. ...<<

30.06.1930

Deutsches Reich: Als die französischen Besatzungstruppen am 30. Juni/1. Juli 1930 endgültig das Rheinland räumen (5 Jahre vor dem vereinbarten Termin), findet im Reichstag eine Gedenkfeier statt.

Reichspräsident Hindenburg bezeichnet den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland zwar als "Tag der Befreiung", aber die unübersehbaren Folgen der großen Wirtschaftskrise bestimmen weiterhin das Leben der ratlosen Deutschen.

18.07.1930

Deutsches Reich: Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmt, kündigt Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige bürgerliche Mehrheit verfügt (die Parteien der bürgerlichen großen Koalition, von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei, besitzen 100 Sitze mehr als die radikalen Oppositionsparteien), muß die Reichstagswahl (1932) vorgezogen werden (x063/562).

Brüning unterstützt mit dieser katastrophalen Fehlentscheidung nachweislich Hitlers Aufstieg ("politischer Erdbeben"), denn angesichts der dramatischen Wirtschaftslage und der drastischen Sparmaßnahmen (Sanierungsprogramme statt Schuldenpolitik) erhalten NSDAP und KPD zwangsläufig erhebliche Stimmenanteile der Protestwähler.

Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise geriet die deutsche Wirtschaft in größte Schwierigkeiten. Fast alle kurz- und mittelfristigen Auslandskredite (ca. 4 Milliarden) wurden gekündigt und sofort zurückgefordert. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen. Die hohe Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten eine gefährliche Radikalisierung der Arbeiterschaft und sogenannten "bürgerlichen Mittelschicht". Die bisher völlig unbedeutenden antidemokratischen und radikalen Parteien des Deutschen Reiches erhielten durch die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig eine Chance, Wahlerfolge zu erzielen.

Infolge der Auflösung des Reichstages vom 18. Juli 1930 und den vorgezogenen Reichstagswahlen war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Nach den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Einen wesentlichen Bestandteil der NS-Propaganda bildete außerdem der radikale Antisemitismus. Für Hitler gab es keine Zweifel, daß vor allem das Judentum maßgeblich für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich war.

Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht. Hitler versprach den Arbeitslosen Arbeit und Brot, den Bauern Erlaß der großen Schuldenlast, den Beamten höhere Gehälter, den Handwerks- und Industriebetrieben große Staatsaufträge und den Soldaten Ansehen und Ehre. Die jüngeren Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerliche Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Nationalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über den Niedergang der Weimarer Republik (x063/560-561): >>Während die Staatsmänner der Republik verwalteten, aber nicht herrschten, gingen die Rechten wie die Linken zielbewußt auf die ganze Herrschaft aus, um den Staat zu einem Werkzeug ihres eigenen Machtstrebens zu machen.

Wenn eine Staatsgesellschaft zu zerfallen droht, dann treibt die Furcht vor der Anarchie das Gemeinwesen dahin, wo die Ordnung, und sei es auch nur im formalen Sinne gewährleistet erscheint - selbst dann, wenn der Preis der Verlust der Freiheit ist. Versagt die politische Leitung, so gewinnen in solchen Zeiten die Führer des Heeres Einfluß.

Ihr Hervortreten zeigt an, daß der Staat abgedankt hat. Während der zivile Eingriff die Gesundung des Staates bewirken kann, führt die Herrschaft der Gewalt, sei es Militär, Polizei oder eine bewaffnete Partei, unweigerlich zu seiner Zerstörung. Die Flucht in eine solche Freiheit bedeutet, daß mit dem Recht und der Freiheit auch die Ordnung verloren geht. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über Hitlers Weg zur Machtübernahme (x192/433): >>... Nach 1928 schien Hitler mit seinem kleinen Anhang kaum mehr zu repräsentieren als eine jener sektiererischen Splitterparteien, die das Weimarer Parteiengefüge zwar belasteten, aber nicht ernsthaft gefährdeten.

Die einschneidende Wende brachte die Weltwirtschaftskrise 1929. Im Jahr darauf waren nicht weniger als 40 Prozent aller deutschen Arbeitnehmer ohne Arbeit, und Hitlers Schlagwort-Programm fand nun breite Unterstützung. Sein Versprechen, Deutschland von den Fesseln des Versailler Friedensvertrages zu befreien, appellierte an den Nationalstolz. Die "linken" Thesen des Parteiprogramms sollten die Arbeiterschaft beeindrucken (Brechung der "Zinsknechtschaft", Verstaatlichung der Großunternehmen, der extreme Nationalismus das Bürgertum und

das Militär, und das Zerrbild des Juden als Verkörperung von Kommunismus und Kapitalismus lieferte einen bequemen Sündenbock, dem alle Schuld am wirtschaftlichen und politischen Chaos der Zeit zugeschoben werden konnte.

Der radikale Einbruch erfolgte 1930, als sich die Nazis (wie die Partei allgemein genannt wurde) mit 18,3 Prozent der abgegebenen Stimmen 107 Reichsmandate sichern konnten. Bereits zwei Jahre später, bei den Neuwahlen im Juli 1932, erweiterte sich diese parlamentarische Machtbasis auf 230 Sitze. Nachdem andere rechtsgerichtete Politiker sich nicht hatten durchsetzen können, wurde Adolf Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt. ...<<

20.08.1930

Deutsches Reich: Die Zeitung "Der Mittag" berichtet am 20. August 1930 (x034/481): >>... Der Weg Hitlers würde unser Elend unermesslich vergrößern, würde das erzielen, was selbst Versailles nicht erreichen konnte: Die Vernichtung Deutschlands ...<<

August 1930

Polen: Die monatlich erscheinende polnische Zeitschrift "Mocarstwowiec" Nr. 8 berichtet im August 1930 (x309/71): >>Wir wissen, daß der Zusammenstoß Polens mit Deutschland unvermeidlich ist. Wir müssen uns für diesen großen Augenblick systematisch und mit Schwung vorbereiten. ... Die gegenwärtige Generation ist berufen, in die polnische Geschichte erneut den Namen Tannenberg einzutragen.

Dieser historische Sieg muß auf den Vorfeldern Berlins errungen werden, damit die Niederlage Germaniens das Zentrum des Preußentums lähmt! Unser Ziel ist, Polens Westgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße und Preußen (gemeint ist Ostpreußen) wieder den Grenzen der Republik einzuverleiben. Der Drang nach dem Westen, dies ist in diesem Augenblick das Gebot für das gesamte polnische Volk.<<

14.09.1930

Deutsches Reich: Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreicht die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete).

Reichskanzler Brüning bleibt zwar weiterhin im Amt, aber nach der schweren Wahlniederlage, findet er später oftmals keine Abstimmungsmehrheit.

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die Wahlerfolge der NSDAP (x051/405-406): >>(Nationalsozialismus) ... Die Wahlerfolge 1930-33 verdankte die NSDAP weniger ihrer Programmatik, die sich inhaltlich nur wenig von der anderer rechtsradikaler Parteien unterschied, sondern, neben der Unterstützung durch die "nationale Rechte" (Harzburger Front), v.a. der Art ihres politischen Kampfes und den Mitteln, die sie dabei einsetzte: ihrer Propaganda und ihrem Terror.

Die nationalsozialistische Propaganda appellierte an die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Menschen, die sie nicht als Einzelne, sondern als Masse sah und erfaßte. Sie arbeitete, wie es Hitler schon in "Mein Kampf" gefordert hatte, mit wenigen einprägsamen, gefühlshaltigen Formeln, vereinfachenden Schlagworten und eingängigen Parolen und wiederholte diese ständig; sie manipulierte, statt zu argumentieren und zu informieren.

Dadurch und durch den geschickten Einsatz moderner technischer Mittel und Medien (Farbe, Musik, Fahnen u.a. politische Symbole), durch Massenaufmärsche und -umzüge, die demagogischen Fähigkeiten v.a. Hitlers und Goebbels' und noch mehr durch deren skrupellosen Einsatz sowie den um Hitler und seine Person wirksam entfaltenen Führerkult war die Propaganda des Nationalsozialismus der politischen Werbung der anderen Parteien weit überlegen.

Wirksam war die nationalsozialistische Propaganda v.a. beim Bürgertum, insbesondere beim mittelständischen Kleinbürgertum (selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte, Bauern). Der republikanischen Staatsform von Anfang an ablehnend gegenüberstehend, weiterhin autoritär-obrigkeitsstaatlich, wenn nicht monarchistisch gesonnen, sahen diese Gesell-

schaftsgruppen durch die Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz gefährdet und sich von sozialem Abstieg bedroht.

Sie waren so allzu gerne bereit, den nationalsozialistischen Parolen von den jüdischen und marxistischen "Novemberverschlechtern" (Dolchstoßlegende) und von den unfähigen und "korrupten" demokratischen Parteien und Politikern Glauben zu schenken und ihrem Versprechen vom Wiederaufstieg Deutschlands zu nationaler Größe, von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Wirtschaftskrise.

War es Aufgabe der nationalsozialistischen Propaganda, dem Nationalsozialismus Anhänger zu gewinnen, diesen Siegeszuversicht einzuflößen und sie ständig neu für seine Ziele und gegen das "System" von Weimar zu mobilisieren, so hatte der v.a. von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP, insbesondere von der Sturmabteilung (SA), ausgeübte Terror die Funktion, in der Öffentlichkeit Schrecken zu verbreiten, die staatlichen Organe und politischen Gegner einzuschüchtern und ihren Widerstand zu lähmen, zugleich aber auch den eigenen Mitgliedern und Anhängern ein Bild von der Geschlossenheit, Kraft und Willensstärke der nationalsozialistischen Bewegung zu vermitteln. Zahlreiche blutige, oft bürgerkriegsartige Straßenkämpfe, v.a. zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten und deren bewaffneten Verbänden, prägten so ab 1930 die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland.

Gestützt auf seine massenhafte Wählerschaft, gelang es dem Nationalsozialismus, mit (scheinbar) legalen parlamentarischen Mitteln die staatliche Macht zu erringen: Am 30.1.33 wurde Hitler als Vorsitzender der parlamentarisch stärksten Partei zum Reichskanzler ernannt (Machtergreifung). ...<<

25.09.1930

Großbritannien: Der britische Zeitungsverleger Viscount Rothermere schreibt am 25. September 1930 in der Londoner "Daily Mail" über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14.09.1930 (x034/488): >>Der glänzende Erfolg der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ... wird heraustreten als der Anfang einer neuen Epoche.<<

06.10.1930

Deutsches Reich: Die "Welt am Montag" berichtet am 6. Oktober 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen im September 1930 (x245/286-288): >>Dem Ausland waren die Ausmaße des Hitlerischen Wahlsieges natürlich eine noch größere Überraschung als dem Inland, da es auf ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen gefaßt gewesen war. Die Welt zerbricht sich den Kopf darüber, worauf die Verneunfachung der Hitlerstimmen zurückzuführen ist. Die verschiedensten Deutungen kommen zum Vorschein.

Die Deutschland besonders wohlgesinnte Presse des Auslandes führt vielfach als Hauptgrund die riesige Arbeitslosigkeit an. "Deutschland hat drei Millionen Arbeitslose, sie haben fast sämtlich nationalsozialistisch gewählt. Ergo." So konnte man wörtlich in Paris und anderswo lesen. ...

Die Hitlerwähler setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: einer kleinen Minderheit von Nationalsozialisten, die auf das Hakenkreuz eingeschworen sind, und einer riesigen Mehrheit von Mitläufern.

Keine andere deutsche Partei ist so labil wie die nationalsozialistische, d.h. bei keiner anderen ist das Mißverhältnis zwischen Stammkunden und Laufkunden ebenso groß. Sozialdemokratie, Kommunisten, Zentrum, Demokraten, Volkspartei – überall gibt es Schwankungen, recht erheblich vielleicht. Aber bei keiner anderen Partei ist es denkbar, daß eine plötzliche Verneunfachung erfolgt, die vielleicht bei der nächsten Wahl von einer Drittelung abgelöst wird.

Die Nationalsozialisten haben ja schon einmal den Wechsel von Hoch auf Tief erlebt. Aus den 32 Abgeordneten von 1924 wurden die 12 von 1928. Wieviel werden aus den 107 von 1930 werden?

Das hängt ganz von den Umständen ab. Scheint der deutschen Wirtschaft wieder einmal die

Sonne, so schmelzen die Hitlerwähler wie Schnee dahin. Die 6 ½ Millionen werden ja durch kein inneres Band zusammengehalten. Sie sind zu neun Zehnteln nicht Wähler für, sondern nur Wähler gegen.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß Hitler, der ein ausgezeichnete Organisator mit Suggestivkraft ist, über eine ihm blind ergebene Kerntruppe von einigen hunderttausend Mann, meist recht jugendlichen Truppen verfügt. ...

Idealisten mit verwirrtem Kopf und Landsknechte ohne Kopf, insgesamt ein paar hunderttausend Mann, das ist Hitlers Kerntruppe.

Die Millionen der Wähler, die er diesmal mustern konnte, dank der Gunst der Umstände, d.h. dank der Ungunst der Wirtschaftslage, rekrutieren sich aus den verschiedensten Schichten.

Da sind Arbeiter, relativ genommen nicht sehr viele, aber eine Million wird es doch wohl gewesen sein. Es sind Landarbeiter, die sich immer noch vom "gnädigen Herrn" abhängig fühlen und von ostelbischen Granden für Hitler kommandiert wurden. Es sind jene labilen Elemente, die erst bei den Kommunisten hospitiert haben und sich nun den Nationalsozialisten zuwenden, weil diese sich noch radikaler gebärden. Es sind junge Leute, Friseurgehilfen, Chauffeure usw., die sich etwas Besseres dünken als die Masse der gewerkschaftlich organisierten Fabrikarbeiter.

Da sind Massen von Angestellten, insbesondere aus den Kreisen der deutschnationalen Handlungsgehilfen, die berühmten oder berüchtigten Stehkragenproletarier. Ihr Interesse müßte sie in eine Einheitsfront mit den Arbeitern führen. Aber ihr "Standesgefühl" ist stärker als ihre soziale Einsicht.

Da ist das Gros der Studenten und sonstigen jungen Akademiker. Bei ihnen fällt die antisemitische Hetzphase auf besonders dankbaren Boden. Der Jude wird eben als unbequemer Konkurrent empfunden. Sie sind fanatisch nationalistisch. Den Krieg kennen sie nicht. Darum begeistern sie sich für ihn. Sie sind besessen von der Mentalität der Leute à la Scheringer und Ludin (Offiziere, die innerhalb der Ulmer Garnison für die NSDAP geworben hatten).

Da sind bedauerlich viele Beamte. Ihre politische Freiheit verdanken sie ausschließlich der Republik. Aber leider hat ihnen die Republik mit der politischen Freiheit nicht auch zugleich das politische Denken geben können, das ihnen in der Kaiserzeit ausgetrieben worden war. Sie sind ein besonders dankbares Objekt für Demagogen.

Da ist vor allem der große Block des sogenannten selbständigen Mittelstandes. Diese Millionen von Handwerkern und Kleinkaufleuten führen seit der nach 1871 einsetzenden großindustriellen Entwicklung einen verzweiferten Kampf um ihre Existenz. Es fehlt ihnen an wirtschaftlicher Einsicht. Darum fallen sie auf jeden Schwätzer herein, der ihnen die Wiederherstellung des "goldenen Bodens" durch Kampf gegen Juden und Warenhäuser, gegen Börse und Gewerbefreiheit verspricht. Einst liefen sie Stoecker und Ahlwardt (Führer einer politischen Splittergruppe) nach. Heute ist Hitler ihr Prophet.

Die Nationalsozialisten rühmen sich, 34.000 Wahlversammlungen abgehalten zu haben. In diesen Versammlungen sprechen sie also: "Wenn wir die Macht bekommen, werden sofort die Youngzahlungen eingestellt. Dadurch erspart das Deutsche Reich 1.700 Millionen Reichsmark jährlich. Diese Ersparnis wird dazu verwendet, um die Steuern herabzusetzen. Die Gewerbesteuer wird aufgehoben. Rechnet euch selbst aus, was das für jeden einzelnen ausmacht! Wählt ihr nun lieber die Young-Parteien, die den Tribut weiter entrichten wollen, oder uns, die wir das deutsche Volk von seinen Unterdrückern und den Mittelstand von seinen Steuern befreien wollen?"

Das war Honig. Da jauchzten die Mittelständler. Diese armen Seelchen haben ja keine Ahnung von den Zusammenhängen der Weltwirtschaft und von den Grundlagen der Weltpolitik. Ihnen ging das nationalsozialistische Hexen-Einmalseins glatt auf. Ein Rechenexempel in der Klippschule (früher abwertender Begriff für Sonderschule).

Das ist das erschütternd Trostlose an dem Wahlergebnis vom 14. September, daß die Welt sehen muß, wieviel Millionen politische Analphabeten es noch in Deutschland gibt.

Die Millionen der Hitlerwähler sind nicht etwa ebenso viel Millionen zum Revanchekrieg entschlossene Teutonen. Sie denken gar nicht daran, ihr Blut riskieren zu wollen. Sie möchten nur ihr Gut wahren, und sie bilden sich ein, die nationalsozialistische Sackgasse sei der Weg in die Steuerfreiheit.

Das ist beruhigend – für das Ausland und höchst beunruhigend für das Inland. Denn wie soll irgendeine Regierung vernünftig Politik machen mit Millionen von Wählern, die noch nicht einmal das politische ABC kapiert haben? ...<<

27.11.1930

Polen: Da sich in Oberschlesien ständig polnische Gewalttaten ereignen, protestiert die deutsche Reichsregierung am 27. November 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/502).

15.12.1930

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1930 sind im Deutschen Reich 3.977.000 Menschen arbeitslos.

19.12.1930

Polen: Nach polnischen Gewalttaten gegenüber deutschen Minderheiten in Posen und Pommern protestiert die deutsche Reichsregierung am 19. Dezember 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/506).

1930

UdSSR: Im Jahre 1930 wird in der Sowjetunion die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt (x261/163).

Fast alle reichen Bürger der UdSSR (Kaufleute, Juweliere, Ärzte und andere Personen), bei denen die Kommunisten Gold oder Devisen vermuten, werden 1930/31 inhaftiert und gefoltert, denn der sowjetische "Arbeiter- und Bauernstaat" benötigt unentwegt Geld, um die ehrgeizigen Rüstungspläne zu verwirklichen (x091/26).

Großbritannien: Im Jahre 1930 empfiehlt die britische Zeitung "Manchester Guardian" die Aufnahme der Nazis in die Regierung, da diese als zweitgrößte Partei ein moralisches bzw. verfassungsmäßiges Anrecht hätten (x025/129).

Die britische Zeitung "The Times" hält die Nazis damals ebenfalls für normale, wenn auch etwas rauhe und unerfahrene Politiker, die durch Regierungsverantwortung automatisch zur Mäßigung gebracht würden (x025/129).

1931

Läßt Gewalt sich blicken, geht das Recht auf Krücken.

Sprichwort aus Deutschland

31.01.1931

Deutsches Reich: Am 31. Januar 1931 sind im Deutschen Reich 4.886.925 Menschen arbeitslos.

04.02.1931

UdSSR: Stalin begründet am 4. Februar 1931 in einer Ansprache die Methoden und das Tempo der Industrialisierung (x243/133): >>Zuweilen wird die Frage gestellt, ob man nicht das Tempo etwas verlangsamen, die Bewegung zurückhalten könnte.

Nein, das kann man nicht. Genossen! Das Tempo darf nicht herabgesetzt werden! Im Gegenteil, es muß nach Kräften und Möglichkeiten gesteigert werden. ...

Das Tempo verlangsamen, das bedeutet Zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. ... In der Vergangenheit hatten wir kein Vaterland und konnten keines haben. Jetzt aber, wo wir den Kapitalismus gestürzt haben und bei uns die Arbeiter an der Macht stehen, haben wir ein Vaterland und werden seine Unab-

hängigkeit verteidigen. ...

Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in 10 Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zustande oder wir werden zermalmt. ...<<